



Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 25
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Servicezeiten bei der Bezirksregierung Düsseldorf:

von 9.00 – 11.30 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr, freitags bis 14.00 Uhr

Hinweise:

Ihr Antrag wird in einfacher Ausfertigung sowie per E-Mail an das Postfach personenbefoerderung@brd.nrw.de benötigt.
Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.
Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden aufgrund von § 12 PBefG erhoben. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, sind Beiblätter zu verwenden, die als Anlagen gekennzeichnet sind.

Aktenzeichen der Bezirksregierung:

Antrag auf Erteilung der Genehmigung für einen Gelegenheitsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Mietomnibusverkehr
(§ 49 Abs. 1 PBefG)

Ausflugsfahrten mit KOM
(§ 48 Abs. 1 PBefG)

Ferienziel-Reisen mit KOM
(§ 48 Abs. 2 PBefG)

1.	Name / Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmens)			
	Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Telefon	Mobil	Telefax	E-Mail
	Rechtsform des Unternehmens			
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:		Anzahl der beschäftigten Personen im Unternehmen:	
2.	Angaben über den / die Inhaber /Vorstand/ den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin			
	a) Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Funktion im Unternehmen			
	Familienstand	Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

	b) Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Funktion im Unternehmen			
	Familienstand	Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
3.	Angaben über den Verkehrsleiter nach Art. 4 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009			
	Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)			
	Familienstand	Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
	<p>Soweit ein externer Verkehrsleiter nach Art. 4 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 benannt wird (Arbeitsvertrag ist beizufügen - siehe auch Nr. 7 des Antrags):</p> <p>Leitet der Verkehrsleiter auch die Verkehrstätigkeiten anderer Verkehrsunternehmen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls ja:</p> <p>a) von höchstens 4 Unternehmen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>b) mit zusammengenommen höchstens 50 Fahrzeugen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Die fachliche Eignung des Verkehrsleiters nach Art. 8 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 ist ausschließlich nachzuweisen durch eine Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer (siehe auch Nr. 7 des Antrages).</p>			
4.	Sind Sie bereits Inhaber einer Gemeinschaftslizenz oder Genehmigung?			
	<input type="checkbox"/> ja (Kopie beifügen) <input type="checkbox"/> Gemeinschaftslizenz Nr. <input type="checkbox"/> Genehmigung für erteilt durch <input type="checkbox"/> nein			
5.	Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll betragen:			
	<input type="checkbox"/> 10 Jahre <input type="checkbox"/> kürzere Geltungsdauer: von bis			
6.	Anzahl der KOM, die im Rahmen dieses Antrags bei der <u>Durchführung des Gelegenheitsverkehrs</u> eingesetzt werden sollen:		Gesamtzahl aller KOM im Unternehmen, mit denen Personenbeförderung durchgeführt wird (Gelegenheits-, Linien-, Sonderlinienverkehr sowie Verkehre, die § 1 S. 1 Nr. 4 der Freistellungs-Verordnung unterliegen):	
			Anzahl der Fahrzeuge zwischen 2,5 – 3,5 to:	

7.

Als Anlagen sind im Original beizufügen (die mit einem gekennzeichneten Anlagen sind stets erforderlich):

- Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 (siehe Anlage 1)
- Fahrzeugaufstellung (siehe Anlage 2)
- Letzten Untersuchungsbericht sowie letztes Prüfprotokoll für die Kraftomnibusse, die in der Fahrzeugaufstellung aufgeführt sind
- Zulassungsbescheinigungen Teil I (Fahrzeugscheine) für die Kraftomnibusse, die in der Fahrzeugaufstellung aufgeführt sind
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Sozialversicherung sofern Sie eigene Beschäftigte haben (auch Minijobs) – nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge – nicht älter als drei Monate
- Nachweis der fachlichen Eignung für den Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Polizeiliche/s Führungszeugnis/se zur Vorlage bei einer Behörde (**Belegart O oder P**) für
– den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
– den Verkehrsleiter
- Auskunft aus dem Fahreignungsregister beim Kraftfahrtbundesamt (Anträge bei der Gemeinde oder im Internet) für
– den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
– den Verkehrsleiter
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (Anträge bei der Gemeinde) für
– den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter) / den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin
– den Verkehrsleiter
– bei juristischen Personen auch für das Unternehmen (z.B. GmbH)
- Sind Sie im Handelsregister eingetragen? ja nein
Falls ja, ist der Handelsregisterauszug beizufügen.
- Arbeitsvertrag bei externem Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Gewerbeanmeldung bei Ersterteilung
- Bei einem Antrag auf Ersterteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Gesellschafterliste
Gesellschaftsvertrag
Geschäftsführervertrag
- Bei einem Antrag auf Wiedererteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Haben sich Änderungen hinsichtlich der Gesellschafterliste,
des Gesellschaftsvertrags, des Geschäftsführervertrags ergeben? ja nein
Falls ja, die aktuelle Ausfertigung ist beizufügen.

Die Genehmigungsbehörde behält sich die Vorlage weiterer Unterlagen nach § 12 Abs. 3 PBefG vor!

8.	Bemerkungen:		
9.	<p>Hinweise zum Datenschutz:</p> <p>Die Verwaltungsbehörde ist nach § 54c PBefG in Verbindung mit § 15 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Personenverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen des Personenverkehrs einschließlich Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Abs. 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlich zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.</p>		
10.	<p>Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass ich die Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen habe.</p> <table border="1" data-bbox="172 680 1326 837"><tr><td data-bbox="172 680 588 837">Ort, Datum</td><td data-bbox="740 680 1326 837">(Unterschrift des Antragstellers)</td></tr></table>	Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)
Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)		

**Eigenkapitalbescheinigung
zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009**

Das Unternehmen

verfügt am Stichtag* _____

über folgendes Eigenkapital:

- I. Kapital _____
 - II. Kapitalrücklage _____
 - III. Gewinnrücklagen:
 - 1. gesetzliche Rücklage _____
 - 2. Rücklage für eigene Anteile _____
 - 3. satzungsgemäße Rücklagen _____
 - 4. andere Gewinnrücklagen _____
 - IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag _____
 - V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag _____
-
- Eigenkapital _____

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt. Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich/haben wir uns überzeugt.

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten
geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen
befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG –
oder des Kreditinstitutes)

* Darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 1 Jahr zurückliegen.

**Zusatzbescheinigung zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit
im gewerblichen Personenverkehr**

für das Unternehmen _____

Dem Eigenkapital, das nach Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 anhand von geprüften Jahresabschlüssen nachzuweisen ist, können folgende Beträge hinzugerechnet werden:

1. Reserven im

a) unbeweglichen Anlagevermögen _____

b) beweglichen Anlagevermögen _____

Summe _____

2. Unbelastetes Privatvermögen des persönlich haftenden Unternehmers

a) Grundstücke Verkehrswert

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

b) Bankguthaben

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

c) Forderungen (nicht Gesellschafterdarlehen)

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

d) sonstige Vermögensgegenstände (bitte bezeichnen)

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

_____ (Person) _____

Summe _____

3. Zu Gunsten des Unternehmens beliehene Gegenstände des Privatvermögens der Gesellschafter:

a) Grundstücke	Höhe der Beleihung
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 b) Sicherungsübereignungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 c) Sicherungsabtretungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
	<hr/>
	Summe _____
Gesamtsumme aus 1. bis 3.:	_____

Die oben aufgeführten Beträge wurden dem Unterzeichner sowohl dem Grunde als auch in der Höhe

- nachgewiesen.
- plausibel gemacht. Stichtag ist der _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG – oder des Kreditinstitutes)

Fahrzeugaufstellung

Anzahl der KOM, mit denen Personenbeförderung durchgeführt wird (Gelegenheits-, Linien-, Sonderlinienverkehr sowie Verkehre, die § 1 S. 1 Nr. 4 der Freistellungs-Verordnung unterliegen) sowie Anzahl der Fahrzeuge zwischen 2,5 – 3,5 to

Lfd. Nr.	Amtliches Kennzeichen	Sitzplätze

erforderliche Antragsunterlagen

Bitte im Original vorlegen!

Antragsformblatt für einen Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen nach §§ 48, 49 Personenbeförderungsgesetz in einfacher Ausfertigung; ggf. Antragsformular entsprechend ändern oder ergänzen

Fahrzeugaufstellung

Bescheinigung Ihrer Krankenkasse über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung für Ihre Beschäftigten. Bitte reichen Sie diese Bescheinigung auch dann ein, wenn Sie keine versicherungspflichtigen Beschäftigten haben oder hatten, da in diesem Fall das Nichtbestehen von Beitragsrückständen bescheinigt wird (Negativbescheinigung). Der Stichtag dieser Bescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als **drei Monate** zurückliegen. **Die Bescheinigung muss auf Ihr Unternehmen und Betriebssitz ausgestellt sein!**

Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. Bitte reichen Sie diese Bescheinigung auch dann ein, wenn Sie keine versicherungspflichtigen Beschäftigten haben oder hatten, da in diesem Fall das Nichtbestehen von Beitragsrückständen bescheinigt wird. Der Stichtag dieser Bescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als **drei Monate** zurückliegen. **Die Bescheinigung muss auf Ihr Unternehmen und Betriebssitz ausgestellt sein!**

Bescheinigung Ihres Finanzamtes über Ihre steuerliche Zuverlässigkeit. Bitte reichen Sie diese Bescheinigung auch dann ein, wenn Sie bislang kein Unternehmen betreiben haben, da in diesem Fall das Nichtbestehen offener Steuerforderungen bescheinigt werden kann. Der Stichtag dieser Bescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als **drei Monate** zurückliegen. **Die Bescheinigung muss auf Ihr Unternehmen und Betriebssitz ausgestellt sein!**

Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit. Der Stichtag dieser Bescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als **drei Monate** zurückliegen. **Die Bescheinigung muss auf Ihr Unternehmen und Betriebssitz ausgestellt sein!**

[X]

Behördliches Führungszeugnis (Belegart O bzw. P) nach § 30 Abs. 5 BZRG für den **Antragsteller** als Unternehmer **und** für die **Geschäftsführung** bzw. den **Verkehrsleiter**. Dieses wird vom Bundesamt für Justiz unmittelbar an mich übersandt. Bitte zeigen Sie bei der Beantragung des Behördenführungszeugnisses diese Unterlagen aufstellung bei Ihrem Bürgeramt vor Ort vor. Für eine rasche Zuordnung in meinem Hause bitte ich Sie bei der Antragstellung um genaue Angabe des Empfängers:

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 25
Frau Erbes
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Verwendungszweck: Konzessionserteilung
Az.: 25.16

Ich weise darauf hin, dass nur ein behördliches Führungszeugnis akzeptiert wird! Ein Führungszeugnis für private Zwecke wird nicht akzeptiert!

[X]

Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 Abs. 5 GewO für behördliche Zwecke (Bundesamt für Justiz, Bonn) über den **Antragsteller** als Unternehmer **und** über die **Geschäftsführung** bzw. den **Verkehrsleiter**. Bitte zeigen Sie bei der Beantragung der Auskunft aus dem Gewerbezentralregister diese Unterlagen aufstellung bei der für Sie zuständigen Gewerbemeldestelle vor Ort vor. Für eine rasche Zuordnung in meinem Hause bitte ich Sie bei der Antragstellung um genaue Angabe des Empfängers:

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 25
Frau Erbes
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Verwendungszweck: Konzessionserteilung
Az.:25.16

Ich weise darauf hin, dass nur eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für behördliche Zwecke akzeptiert wird! Eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für private Zwecke wird nicht akzeptiert!

[X]

Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 Abs. 5 GewO für behördliche Zwecke (Bundesamt für Justiz, Bonn) über **das Unternehmen**. Diese wird vom Bundesamt für Justiz unmittelbar an mich übersandt. Bitte zeigen Sie bei der Beantragung der Auskunft aus dem Gewerbezentralregister diese Unterlagenaufstellung bei der für Sie zuständigen Gewerbemeldestelle vor Ort vor. Für eine rasche Zuordnung in meinem Hause bitte ich Sie bei der Antragstellung um genaue Angabe des Empfängers:

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 25
Frau Erbes
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Verwendungszweck: Konzessionserteilung
Az.:25.16

Ich weise darauf hin, dass nur eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für behördliche Zwecke akzeptiert wird! Eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für private Zwecke wird nicht akzeptiert!

[X]

Auskunft aus dem Verkehrszentralregister/Fahreignungsregister beim Kraftfahrtbundesamt -KBA-
24932 Flensburg (Punkttestand) über den **Antragsteller** als Unternehmer **und** über die **Geschäftsführung** bzw. den **Verkehrsleiter**, (Anträge im Internet). Bitte reichen Sie die Auskunft aus dem Verkehrszentralregister/Fahreignungsregister mit den ggf. dazugehörigen Einzelwertungen ein.

[X]

Kopie der Gewerbebeanmeldung inklusive der Tätigkeit: Personenbeförderung mit Kraftomnibussen nach §§ 48, 49 PBefG oder Gewerbeummeldung (z. B. beim Wechsel des Betriebssitzes)

[X]

Auszug aus dem Handelsregister bei eingetragenen Unternehmen; der Auszug darf nicht älter als **drei Monate** sein

[X]

beglaubigte Abschrift des aktuellen Gesellschaftsvertrages, sofern Ihr Unternehmen eine Gesellschaft ist

[X]

Formblatt **“Eigenkapitalbescheinigung“** zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 bzw. **“Zusatzbescheinigung“** zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit im gewerblichen Personenverkehr (ausgefüllt, unterzeichnet und testiert) mit Angabe des Stichtages.

Der Stichtag darf zum Zeitpunkt der Antragstellung jedoch nicht länger als 1 Jahr zurückliegen.

[X] Die entsprechenden Formblätter habe ich beigelegt.

[X]

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 benennt ein Unternehmen des Personenbeförderungsgewerbes mindestens eine natürliche Person, die zuverlässig ist sowie die geforderte fachliche Eignung besitzt und die Verkehrsleitertätigkeiten des Unternehmens tatsächlich und dauerhaft leitet. In diesem Zusammenhang muss ein **Prüfungszeugnis der IHK** der zum Verkehrsleiter bestellten Person zum Nachweis der fachlichen Eignung gem. § 13 Abs. 1a PBefG in Verbindung mit Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 vorgelegt werden. Sie benötigen für Ihre(n) Verkehr(e) das Prüfungszeugnis für Unternehmer des Straßenpersonenverkehrs, ausgenommen des Taxen- und Mietwagenverkehrs. Bitte setzen Sie sich hierzu mit der für Sie zuständigen Industrie- und Handelskammer in Verbindung.

[X]

Sofern nach Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 ein Verkehrsleiter beauftragt wird, bitte ich um Vorlage des zwischen Ihrem Unternehmen und dem Verkehrsleiter geschlossenen Vertrages, in dem die vom Verkehrsleiter tatsächlich und dauerhaft durchzuführenden Aufgaben sowie die Verantwortlichkeiten genau geregelt sind. Zu den zu regelnden Aufgaben zählen insbesondere:

- Das Instandhaltungsmanagement für die Fahrzeuge
- Die Prüfung der Beförderungsverträge und -dokumente
- Die grundlegende Rechnungsführung
- Die Zuweisung der Fahrdienste an die Fahrer
- Die Prüfung der Sicherheitsverfahren

Neben der Aufgabenbeschreibung eines Verkehrsleiters muss in einem Verkehrsleitervertrag unter anderem die Vergütung, die dem Umfang und dem Grad der Verantwortung der leitenden Tätigkeit entspricht, sowie die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit angegeben werden.

[X] zutreffendes angekreuzt